



Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege



Für eine starke und zukunftsfähige EU-Kohäsionspolitik - Gemeinsames Statement der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie der Kommunen

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Kaiser,

die europäische Kohäsionspolitik leistet einen elementaren Beitrag zur wirtschaftlichen Konvergenz, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, zur Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften, zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung, zur Förderung von Stabilität und Zusammenhalt in Europa sowie zur Finanzierung der digitalen und ökologischen Transformation. Gerade die neuen Bundesländer aber auch strukturschwache Räume in den alten Ländern profitieren seit Jahrzehnten erheblich von den EU-Strukturfonds, die entscheidend und nachweislich erfolgreich dazu beitragen, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zu reduzieren.

Der [9. Kohäsionsbericht der EU-Kommission](#) untermauert dies mit konkreten Zahlen: So werde sich jeder im Rahmen der Kohäsionspolitik investierte Euro bis 2043 verdreifacht haben, und bis zum Jahr 2027 würden schätzungsweise 1,3 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Zukünftig wird die Bedeutung der Strukturfonds zu einer sozial, technologisch und ökonomisch gelingenden klimagerechten Transformation in den Regionen eher noch wachsen. Gerade Deutschland profitiert als Exportnation von einer guten wirtschafts- und strukturpolitischen Entwicklung in der gesamten EU.

Doch obwohl die Kohäsionspolitik die Entwicklung vieler Regionen in Europa positiv beeinflusst hat, bleiben Herausforderungen bestehen. Die hohe administrative Komplexität der Antragstellung und Mittelverwaltung behindert die Effizienz und Wirkung der Unterstützung. Es darf nicht dazu kommen, dass Regionen trotz jahrzehntelanger Unterstützung in ihrer Entwicklung stagnieren. Aus Sicht der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie der Kommunen ist deshalb klar: **Für eine erfolgreiche und langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Europas ist eine gestärkte und modernisierte Kohäsionspolitik mit ihrem Grundpfeiler der geteilten Mittelverwaltung und der dezentralen Umsetzung die Voraussetzung.** Denn eine gelungene Kohäsionspolitik ist ein wichtiger Motor für nachhaltige Entwicklung, die Bewältigung der Transformation und selbsttragendes Wirtschaftswachstum.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, sich in den anstehenden Beratungen auf europäischer Ebene für folgende Punkte stark zu machen:

- Auch in Zukunft **sollte die Kohäsionspolitik entlang ihrer tatsächlichen Bedarfe budgetiert werden**, damit alle Regionen in der EU und in Deutschland durch gezielte Weiterentwicklung ihrer Stärken oder Bewältigung ihrer Schwächen von einer besseren wirtschaftlichen, sozialen und nachhaltigen Entwicklung entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen profitieren

können. Ziel muss sein, dass Regionen proaktiv unterstützt werden, bevor Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze verloren gehen.

- Eine **Governance-Reform** der Kohäsionspolitik sollte **im Einklang mit den Grundpfeilern der Kohäsionspolitik** erfolgen. Entscheidungen über die konkrete Ausgestaltung der Förderprogramme müssen in Zukunft weiterhin auf regionaler und kommunaler Ebene im Dialog mit den Betroffenen getroffen werden. Das ist die große Stärke der europäischen Strukturfonds. Das bewährte Prinzip der Subsidiarität im Multi-Level-Governance-Ansatz und das **Partnerschaftsprinzip** müssen gestärkt und weiterentwickelt werden. Denn in Regionen, in denen die Bottom-up-Beteiligung gut funktioniert, werden europäische Fördermittel effizienter, sozialer und nachhaltiger eingesetzt.
- **Die EU-Förderprogramme müssen vereinfacht werden.** Die Wirksamkeit der Projekte vor Ort wird oft durch den bürokratischen Aufwand geschmälert, z.B. in der Antragstellung, in der Kommunikation mit den Programmverwaltungsstellen oder durch ausufernde Berichterstattungspflichten. Zu viele Ressourcen fließen in die Administration der Projekte. Besonders angesichts des Arbeitskräftemangels verringert dies den Mehrwert und die Attraktivität der Förderprogramme. Um die EU-Förderung in der neuen Förderperiode **effektiver und effizienter zu gestalten**, sollte der Fokus von Reformbemühungen darauf liegen, die derzeit hohe administrative Komplexität der Antragstellung und Mittelverwaltung zu reduzieren, die Passfähigkeit für kleinere Akteure aus Mittelstand und Zivilgesellschaft zu verbessern, die Verwaltungskapazitäten vor Ort zu stärken und eine programmspezifische Wirkungsorientierung über entsprechende Evaluationsaufträge zu ermöglichen. Es darf nicht darum gehen, soziale und ökologische Standards abzubauen, sondern kommunale Verwaltungen vor Ort in die Lage zu versetzen, Mittel schnell und effizient abzurufen und Projekte eigenständig umzusetzen. Handlungsfähige Kommunen und Möglichkeiten einer passgenauen Regionalentwicklung sind essenziell, um eine effiziente Kohäsionspolitik vor Ort zu ermöglichen.
- Zudem muss die **Mobilisierung von privaten Investitionen** verbessert werden. Unternehmen sind im Vergleich zum öffentlichen Sektor deutlich seltener an Projekten beteiligt. Ein Grund, aber sicher nicht der einzige, sind die aufwendigen Antragsanforderungen, die mit der Unternehmensrealität oft nicht übereinstimmen. Insofern sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Unternehmen aller Größenordnungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen den Zugang zu den Projekten zu erleichtern.
- Die EU-Strukturfonds sollten sich in der nächsten Förderperiode wieder **stärker auf ihre Kernziele konzentrieren**. Eine klare Fokussierung würde die Programmsteuerung erleichtern und die Sichtbarkeit der EU-Förderprogramme erhöhen. Dabei sollte die Kohäsionspolitik stärker auf die Zielverwirklichung und weniger auf die getätigten Ausgaben abzielen, wofür datenbasierte, nachvollziehbare Investitionen wichtig sind.
- Auch für viele Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Wirtschaft und öffentliche Antragssteller wäre eine deutliche Straffung, Vereinfachung und Fokussierung sinnvoll. Alle EU-Strukturfonds benötigen zudem ein **gewisses Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit**: Angesichts sich wandelnder Herausforderungen ist es wichtig, dass die EU-Förderprogramme schnell auf neue europäische Bedürfnisse reagieren können.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Berlin, 27.05.2025



Stefan Körzell
DGB-Bundesvorstand



Timm Fuchs
DStGB



Volker Treier
DIHK



Evelin Schneyer
BAGFW



Dr. Christine Wilcken
Deutscher Städtetag



Karl-Sebastian Schulte
ZDH